

Kommentar

Wir haben eine Regierung

Nach einem quälenden halben Jahr ist es so weit: wir haben sie wieder, die Große Koalition, die GroKo, oder besser/schlechter gesagt: sie hat uns wieder. Für wie lange wohl? *Sie*, das ist die Koalition der großen Verlierer, und *sie*, das ist die „mächtigste Frau der Welt“, die „alternativlos“ fast autokratisch die Bundesrepublik Deutschland regierende Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Welches Bild gibt die bundesdeutsche Demokratie ab?

Da gibt es die angeblich das Volk repräsentierenden Parteien, die - obwohl es möglich wäre (FDP) oder möglich ist (SPD) – nicht die Politik in der Regierung mitbestimmen und mittragen woll(t)en, Hauptsache, ihre Partei, sprich ihre Pfründe, bleiben erhalten. Dass sie damit besonders ihre eigenen Wähler betrügen, denen sie versprochen haben, deren Anliegen in der Politik zu vertreten, „wen juckt`s“?

Und wie demokratisch ist es, wenn „der Schwanz mit dem Dackel wedeln“ muss, damit die SPD nach der Abstimmung einer knappen halben Million (463 722) von SPD-Mitgliedern letztlich der Regierungsbildung zustimmt und damit die Weichen für die Zukunft eines Volkes von über 80 Millionen gestellt werden?

„Basisdemokratischer geht es kaum“ (Kosten rund 1,5 Millionen Euro) tönt es mancherorts – kann man das vertreten, wenn hier 66% der 378 000 abgegebenen Wahlbriefe (78% der SPD-Mitglieder) für eine GroKo stimmen?

Wie geht es mit Deutschland und der EU weiter?

Werden wir es wieder erleben, dass die Kanzlerin unter teilweiser Umgehung des Parlaments und damit des Souveräns, des Volkes, nach langem Abwarten auf Entwicklungen mit einsamen Entscheidungen reagiert? Sind nicht „Finanzkrise“, „Griechenland“, „Energiewende“, „unkontrollierte Flüchtlingsaufnahme“ ... Warnung genug? Wird im Bundestag weiterhin fast nur noch abgenickt, was in irgendwelchen Zirkeln vorher beschlossen wurde? Und wird uns Bürgern Politik und argumentative Auseinandersetzung weiterhin nicht im Parlament, sondern höchstens in Fernseh-Runden vorgelebt? Wer hat eine Vision und in erster Linie die Bedürfnisse und Wünsche des deutschen Volkes im Blick? (Ja, das deutsche Volk gibt es noch, zum Ärgernis so manch eines Linken!)

Was ist in der EU – maßgeblich von Deutschland mitbestimmt - noch von der Idee der Gründungsväter von einem Europa mit christlich-abendländischer Kultur und deren Werten übriggeblieben?

Trügt der Anschein, dass das hyperliberale demokratische System gemeinsam mit der überwiegend nur noch auf Gewinnmaximierung bedachten Wirtschaft und den (öffentlichen) Medien ihre Hauptfeinde in Nation, Kirche und Religion, Metaphysik, moralischem Konservatismus und Familie sieht? Schon lange wird beklagt, dass Europa keine Wertegemeinschaft (mehr) ist.

Welche „neue Welt“ wird angestrebt? Kanzlerin Merkel hat laut FAZ (Feuilleton 14.09.2015) gesagt, „dass Deutschland sich in den nächsten Jahren bis zur Unkenntlichkeit verändern werde“. Mich schreckt das, auch die fortschreitende Überwachung und Kontrolle des gesamten Lebens aller bald „gläsernen“ Bürger.

Welche Signale gibt es für die deutschen Vertriebenen?

Unter dem Punkt „VIII. Zuwanderung steuern – Integration fördern und unterstützen“ des „Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD“ vom 7. Februar 2018 ist nur über die

gegenwärtige und künftige Migrationspolitik gegenüber Ausländern zu lesen, über die deutschen Heimatvertriebenen und der entsprechenden Politik gibt es expressis verbis praktisch nichts nachzulesen.

Laut dem BdV-Bundesvorsitzendem Dr. B. Fabritius (am 05.03.2018 von der CSU zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten benannt) greift der von den Koalitionspartnern vorgestellte Vertrag „wichtige Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Verbände sowie der deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion konstruktiv auf.“

Im Bereich der Altersarmut bei Spätaussiedlern *soll* eine Kommission prüfen, wie die Nachteile beseitigt und Härten vermieden werden können. Durch die Schaffung einer über der Grundsicherung liegenden Grundrente für alle langjährigen Versicherten *sollen* auch viele Kürzungen im FRG-Bereich ausgeglichen werden. Da die Arbeitszeiten aus den Herkunftsgebieten dabei berücksichtigt werden, fallen auch die meisten Spätaussiedler in den künftigen Anwendungsbereich dieser Regelung.

„Im Kulturbereich war ein partizipativer Ansatz im Hinblick auf die Vertriebenen, Spätaussiedler und ihre Verbände bzw. die deutschen Volksgruppen in ihren Heimatgebieten schon in der Neukonzeption der Kulturarbeit des Bundes nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes sichtbar geworden.“

Das war`s.

Auf die Regierung warten mannigfache Aufgaben. Und welche Überraschungen auf uns Bürger? Warten wir es ab.

Ad multos annos!

Christian K. Kuznik
Obernburg, 17.03.2018